



Suchergebnisse: Räteregierung

28. November 1917 – Die russische Regierung will einen Waffenstillstand

Petersburg * Die russische Räteregierung schlägt allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vor. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn stimmen diesem Vorschlag zu, weil damit ein Teil der Soldaten von der Ostfront abgezogen und zusätzlich an der Westfront eingesetzt werden könnte. Die Alliierten lehnen einen Separatfrieden Russlands mit den Mittelmächten ab.

17. Dezember 1918 – Rosa Luxemburg tritt für eine Räteregierung ein

Berlin * Rosa Luxemburg schreibt für die Rote Fahne den Artikel „Nationalversammlung oder Räteregierung?“ Darin tritt sie für eine Räteregierung ein.

16. Januar 1919 – Die Banken sperren der Bremer Räteregierung die Kredite

Bremen * Sämtliche Banken sperren der Räteregierung in Bremen die Kredite. Aus der Finanzkrise wird schnell eine Regierungskrise der gemeinsam regierenden Kommunisten mit der USPD.

21. Januar 1919 – Die USPD erreicht die Ausschreibung von Wahlen in Bremen

Bremen * Da die Bremer Kommunisten sich aus der Regierung - und damit aus der Verantwortung - zurückziehen wollen, gelingt es der USPD an diesem 21. Januar - mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Kommunisten -, dass Wahlen ausgeschrieben werden.

25. Februar 1919 – Der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte tagt

München-Kreuzviertel * Vor dem schwarz und rot umflorten Bildnis Kurt Eisners und unter teils chaotischen Verhältnissen tagen die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bis zum 8. März 1919 im Münchner Landtagsgebäude. Radikale linke



Gruppierungen, die im Plenum klar in der Minderheit sind, versuchen durch Versammlungen und Demonstrationen sowie durch massive Störungen von den Tribünenplätzen aus die Entscheidungen der Delegierten zu beeinflussen. Am Rätekongress nimmt Johannes Hoffmann nicht teil, weil er sich gegen eine mögliche Räteregierung stellt. Im Gegenzug lehnt der Rätekongress Hoffmann als neuen Kultusminister ab.

6. April 1919 – Die Fürther wollen eine Räteregierung und eine Rote Armee

Fürth * In Fürth erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat und in der Nacht zum 7. April, dass er „sowie die gesamte Garnison [...] auf dem Boden der Räteregierung“ steht. Die Fürther fordern: „Die Bildung einer roten Armee solle aus revolutionär sozialistischen Arbeitern sofort vorgenommen werden“.

7. April 1919 – Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage geben

München - Freistaat Bayern * Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage - bis zum 13. April - geben. Der Schwerpunkt der Rätebewegung findet sich in den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben. Auch in den größeren niederbayerischen Städten und in der Oberpfalz folgen zahlreiche Städte dem Beispiel Münchens: in Amberg, Burglengenfeld, Landshut, Passau, Regensburg und Straubing, werden Räteregierungen gegründet. Auch in den nordbayerischen Städten Ansbach, Aschaffenburg, Fürth, Hof, Kulmbach, Marktredwitz und Würzburg. Lediglich Bamberg, Erlangen und Nürnberg bildeten in ihrem Stadtgebiet keine Räterepublik. Doch nur an wenigen Orten bestehen die Räterepubliken über den 10. April hinaus.

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordnet. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Bayerischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach



einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeyer [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten

Nürnberg - München * Mit einer neu gegründeten Propagandaabteilung beginnt der publizistische Kampf gegen die Räteregierung in München. Ein Flugzeug wird angeschafft, das noch am Abend über München und dem Umland der Stadt Flugblätter mit folgendem Inhalt abwirft: „Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten. Sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen.“

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter



tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Regensburg schließt sich der Münchner Räteregierung an

Regensburg * In Regensburg schließen sich SPD und USPD gemeinsam der Münchner Räteregierung an.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

10. April 1919 – Die Reichsbank stellt die Zahlungsüberweisungen nach Bayern ein



Berlin - Freistaat Bayern * Der Versuch, die Stadt und die Räteregierung über Sanktionsmaßnahmen auszuhungern, nimmt immer konkretere Formen an;

Die Reichsbank hat die Zahlungsüberweisungen nach Bayern eingestellt. Damit wird auch die Belieferung der Banken mit Banknoten unterbunden. Die Sparkasse ist für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat auf Anweisung der Preußischen Regierung die bei ihr liegenden Depots von 80 Millionen Mark nach Berlin geschickt;

10. April 1919 – Dr. Fritz Gerlich flieht mit gefälschten Papieren nach Bamberg

München - Bamberg * Dr. Fritz Gerlich flieht mit gefälschten Papieren nach Bamberg, wo sich auch die Bayerische Regierung aufhält. Er stellt die Verbindung zu Reichswehrminister Gustav Noske her und agiert als Redner vor den Freikorps für die „Befreiung Münchens von der Räteregierung“.

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

11. April 1919 – Das Gemeindkollegium lehnt die Räterepublik ab

München * In einer geheimen Sitzung beschließt das Münchner Gemeindkollegium die Ablehnung der Baierischen Räterepublik. Die Räteregierung ernennt daraufhin Emil Schmaderer zum Regierungskommissar für die Gemeindeverwaltung München.

11. April 1919 – Viele Kunden wollen ihr Geld von der Bank abholen

11. April 1919 – Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung werden geschmiedet

11. April 1919 – In Regensburg wird die Räteregierung wieder aufgelöst

11. April 1919 – Die Betriebsräte sprechen der Räteregierung das Vertrauen aus

Seite 6/11



12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schnepfenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

12. April 1919 – Die Räteregierung in Fürth wird abgesetzt

Fürth * Nach lediglich fünf Tagen wird die Räteregierung in Fürth durch Abstimmungen im Arbeiterrat und bei einer Garnisonsversammlung für abgesetzt erklärt.

13. April 1919 – Die Wirtschaftsblockade zwingt die Augsburger Räte in die Knie

Augsburg * Sechs Tage nach der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg zwingt die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade die Augsburger Räte in die Knie. „Unter dem Zwang der Verhältnisse“ beenden sie den Versuch einer Räteregierung, verwerfen die Räteverfassung als „verfälscht“ und setzen sich von der Münchner Räterepublik ab.



13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch der Regierung Hoffmann

München-Maxvorstadt * Bewaffnete Mitglieder der Republikanischen Schutztruppe unter der Führung von Alfred Seyffertitz dringen - entgegen der ursprünglichen Abmachung - bereits in der Nacht zum Palmsonntag in das Wittelsbacher Palais ein und verhaften den Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und die USPD-Volksbeauftragten August Hagemeyer und Fritz Soldmann. Auch der Ex-Minister Dr. Franz Lipp wird festgenommen. Er hatte sich trotz seiner Entlassung Zutritt in sein ehemaliges Ministerium verschafft. Insgesamt werden 13 Personen verhaftet. Ernst Toller wird rechtzeitig gewarnt und kann so seiner Festnahme entkommen.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

15. April 1919 – Warnung vor Geldhamstern und Lebensmittelwucher

München * Plakatanschläge der Räteregierung warnen vor dem „Geldhamstern“ und vor



„Lebensmittelwucher“.

15. April 1919 – Militärminister Schnepfenhorst will die Räteregierung überraschen

Dachauer Moos * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zieht seine bayerischen Truppen im Dachauer Moos zusammen. Seine Hoffnung beruht auf einem Überraschungscoup, da er glaubt, dass die kommunistische Räteregierung bisher noch nicht in der Lage war, ihre Rote Armee gefechtsbereit zu machen.

16. April 1919 – Die Räteregierung lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab

München * Der Aktionsausschuss der Republik Baiern lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab, weshalb sich dieser resigniert aus der Politik der kommunistischen Räteregierung zurückzieht.

16. April 1919 – Räteregierung: München droht militärisch keine Gefahr

München * Die Räteregierung teilt mit, dass München militärisch keine Gefahr droht. Die Weißen Truppen werden bei Dachau in Schach gehalten.

20. April 1919 – Regierungstruppen marschieren in Augsburg ein

Augsburg * Obwohl die Augsburger Räteregierung am 13. April durch die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade aufgegeben hat, marschieren an diesem 20. April Regierungstruppen in aller Frühe in Augsburg ein. Die Augsburger gelten bei den Regierenden als „politisch unzuverlässig“.

23. April 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske ordnet den Angriff auf München an

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske [SPD] ordnet den Angriff Münchens durch zwei große militärische Einheiten an und übernimmt für die Aktion selbst die Oberleitung. Die an der bayerischen Nordgrenze stehenden Preußischen Hilfstruppen unter Generalleutnant Ernst von Oven und die Württembergischen Einheiten sowie die noch zu sammelnden bayerischen



Verbände und das Bayerische Schützenkorps bei Augsburg-Ulm. Noske gibt dazu militärisch präzise Anweisungen: „Das Operationsziel ist München. In München ist die Gewalt der gesetzmäßigen bayerischen Regierung wiederherzustellen. [...] Sobald München besetzt und der Widerstand in München erloschen ist, übernimmt der bayerische Generalmajor [Arnold Ritter] von Möhl den Befehl in München“. Die Gesamtstärke der gegen die Räteregierung eingesetzten, voll ausgerüsteten Streitkräfte beträgt annähernd 35.000 Mann. Der Oberbefehl wird dem preußischen Generalleutnant Ernst von Oven übertragen.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

27. April 1919 – Die Betriebs- und Kasernenräte stürzen die kommunistische Räterepublik

München-Graggenau * Ernst Toller bekräftigt im Hofbräuhaus erneut seine Meinung, dass die jetzige Räteregierung eine „Gefahr für das Proletariat und die Räterepublik“ darstellt. Die Betriebs- und Kasernenräte zwingen den Aktionsausschuss zum Rücktritt und entziehen damit



auch dem Vollzugsrat das Vertrauen. Damit beenden sie die kommunistische Diktatur des Proletariats von Eugen Leviné und Max Levien.

30. April 1919 – Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee

München * In München werden keine Verteidigungsanlagen installiert. Dieser Tag bringt vielmehr der Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee. Bei etwas gutem Willen der leitenden Offiziere der heranrückenden Truppen wäre eine geordnete Übergabe oder Rückgabe der Macht möglich gewesen. Doch sie haben kein Interesse an einer friedlichen Verständigung. Durch ihre kompromisslose Haltung fördern sie nur den Widerstandswillen der Fanatiker.

4. Mai 1919 – Das Freikorps Chiemgau marschiert in Bad Aibling ein

Bad Aibling * Die weiße Garde des Freikorps Chiemgau marschiert nach dem Sturz der Räteregierung in Bad Aibling ein.

5. Mai 1919 – Von der Räteregierung ausgegebenes Papiergeld als „ungültig“ erklärt

München * Das von der Räteregierung ausgegebene Papiergeld wird vom Finanzministerium als „ungültig“ erklärt.
